

Inhaltsübersicht

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der 4. Auflage	V
Vorwort zur 4. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	IX
Im Einzelnen haben bearbeitet	XI
Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XII
Inhaltsverzeichnis	XV
Verzeichnis der allgemeinen Abkürzungen	XLIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LIX
§ 1 Die Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder	1
§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern	99
§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds	131
§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe	169
§ 5 Nachhaltigkeit als Vorstandsaufgabe	199
§ 6 Geschäftsführung und Geschäftsverteilung	221
§ 7 Vertretung der Gesellschaft	253
§ 8 Organpflichten	277
§ 9 Verbundene Unternehmen	325
§ 10 Compliance als Vorstandsaufgabe	399
§ 11 Lieferkettenverantwortung	443
§ 12 Human Resource Management	475
§ 13 AG in Krise und Insolvenz	543
§ 14 Rechenschaftslegung	615
§ 15 Haftung der Vorstandsmitglieder	707
§ 16 Strafrechtliche Verantwortung	757
§ 17 Geschäftsführung in der SE	849
Autorenverzeichnis	887
Sachverzeichnis	891

XIII

Inhaltsverzeichnis

Die Bearbeiterinnen und Bearbeiter der 4. Auflage	V
Vorwort zur 4. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	IX
Im Einzelnen haben bearbeitet	XI
Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XII
Inhaltsübersicht	XIII
Verzeichnis der allgemeinen Abkürzungen	XLIII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	LIX

§ 1 Die Kompetenzen des Vorstands und der Vorstandsmitglieder

A. Überblick	5
B. Allgemeines	6
I. Rechtsquellen des deutschen Aktiengesellschaftsrechts	6
II. Einfluss des europäischen Rechts	7
1. Verordnungen	7
2. Richtlinien	7
3. Societas Europaea (SE)	7
C. Die materielle Gesellschaftsverfassung der AG	8
I. Rechtsgrundlagen	8
1. Gesetzlicher Rahmen	8
2. Regelungen der Satzung	9
3. Regelungen einer Geschäftsordnung	9
a) Allgemeine Regelungen	10
b) Regelungen der Geschäfts- und Ressortverteilung	11
4. Der Deutsche Corporate Governance Kodex	11
a) Bedeutung des Kodex	12
b) Inhalt	12
c) Ziel	12
d) Die Entsprechenserklärung	12
II. Die Organe der Aktiengesellschaft	14
1. Überblick	14
2. Die Hauptversammlung	15
3. Der Aufsichtsrat	17
4. Der Vorstand	18
5. Der Abschlussprüfer	19
6. Weitere Organe und sonstige Gremien	22
a) Keine weiteren Gremien mit organschaftlichen Befugnissen	22
b) Sonstige Gremien	22
7. Das Verhältnis des Vorstands zu anderen Organen	22
a) Zur Hauptversammlung	22
b) Zum Aufsichtsrat	23
c) Unterschiedliche tatsächliche Machtverteilung	28

Inhaltsverzeichnis

III. Allgemeine Handlungsmaximen für unternehmerisches Handeln in der AG	28
1. Verfolgen des Unternehmensgegenstands	28
a) Verstoß gegen die Begrenzung des Unternehmensgegenstands	28
b) Heilung des Verstoßes	29
c) Unterschreitung des Unternehmensgegenstands	29
2. Beachtung des Unternehmensinteresses	29
3. Erzielung eines angemessenen Gewinns	31
4. Social Sponsoring	32
5. Eigenverantwortlichkeit und unternehmerisches Ermessen	33
a) Überblick	33
b) Feststellung der tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen	34
c) Unternehmerischer Ermessensspielraum	34
d) Beurteilungsspielraum	35
e) Abwägungsbereiche	35
f) Neutralitätspflicht	36
6. Gegenseitige Förderpflicht	36
IV. Besondere Grundsätze für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung	36
1. Ordnungsmäßigkeit	37
2. Rechtmäßigkeit	37
a) Grundsatz	37
b) Schmiergeldzahlungen	38
c) Vergleichszahlungen an räuberische Aktionäre	38
d) Rechtsgutachten	38
e) Rechtsfolgen	39
3. Zweckmäßigkeit	39
4. Wirtschaftlichkeit	39
V. Bildung und Arbeit von Vorstandsausschüssen	40
1. Allgemeines	40
2. Ausschüsse mit zentraler Bedeutung	41
VI. Das Verhältnis der einzelnen Organmitglieder zueinander	42
1. Gegenseitige Treuepflicht	42
2. Gegenseitige Förderpflicht	43
VII. Organstreitigkeiten	43
1. Allgemeines	43
2. Streitigkeiten zwischen Vorstand und Aufsichtsrat	44
3. Streitigkeiten innerhalb eines Organs	44
4. Streitigkeiten zwischen Organmitgliedern und einem anderen Organ	45
VIII. Kontrolle des Aufsichtsrats durch den Vorstand	45
IX. Rechte des Aktionärs gegenüber dem Vorstand	46
D. Die Leitungsaufgabe des Vorstands	46
I. Leitung und Geschäftsführung	46
II. Originäre Führungsfunktionen	47
1. Unternehmensplanung	47
2. Unternehmenskoordinierung	47
a) Koordination der Vorstandstätigkeit	48
b) Koordination der dem Vorstand nachgeordneten Führungskräfte	50
3. Unternehmenskontrolle	51
4. Besetzung des Senior Managements	52
5. Konzernbestimmung	52

Inhaltsverzeichnis

III. Leitungsentscheidungen	53
1. Formelle Anforderungen	53
2. Inhaltliche Fragen	54
IV. Wissenserklärungen	55
V. Handelsrechtliche Grund- oder Mindestzuständigkeiten	55
1. Buchführungspflicht	55
2. Pflicht zur Risikoüberwachung und zur Risikovorsorge	56
3. Weitere Mindestzuständigkeiten	57
VI. Laufende Geschäftsführung im unabhängigen Unternehmen (Erledigung des Tagesgeschäfts)	58
VII. Geschäftsführung im Konzern	59
VIII. Berichterstattung und Rechenschaftslegung	59
1. Berichts- und Informationspflichten nach dem AktG	61
2. Berichts- und Informationspflichten nach dem WpHG und nach dem WpÜG	62
3. Berichts- und Informationspflichten nach anderen Gesetzen	63
E. Die Überwachungsaufgabe des Vorstands	63
I. Laufende Überwachung des Geschehens in der Gesellschaft und im Unternehmensverbund (im Konzern)	64
1. Überwachung von Lage und Entwicklung der Gesellschaft und des Unternehmensverbunds	64
2. Überwachung von operativen Maßnahmen	64
3. Überwachung von Vermögensanlagen	65
4. Überwachung der Administrationsleistung	66
II. Gegenseitige Überwachung der Vorstandsmitglieder	67
F. Die Stellung des einzelnen Vorstandsmitglieds	68
I. Allgemeines	68
II. Mitwirkung an der Leitung des Unternehmens	69
III. Delegation und ihre Grenzen	70
1. Kernbereich der Leitungsentscheidungen	70
2. Zuweisung von Einzelaufgaben an den Gesamtvorstand	71
3. Sorgfalts- und Aufsichtspflicht	71
IV. Leitung eines Ressorts	72
V. Interne Überwachung	72
VI. Diversity im Vorstand	73
1. Allgemeines	73
2. Legitimation des Gesetzgebers	73
3. Legislatorische Umsetzung	74
4. Praktische Folgeprobleme	75
G. Anlage § 1–1: Deutscher Corporate Governance Kodex	75
H. Anlage § 1–2: Muster einer Geschäftsordnung für den Vorstand	92
I. Anlage § 1–3: Muster eines Geschäftsverteilungsplans für den Vorstand	96

§ 2 Die Bestellung von Vorstandsmitgliedern

A. Überblick	100
B. Bestellung von Vorstandsmitgliedern	100
I. Die Bestellungsvorbereitungen	100
1. Bestellung durch wen? Diskrepanz zwischen Gesetz und Praxis	100
2. Bestellung von innen oder von außen?	101

Inhaltsverzeichnis

3. Bestellung von außen	102
a) Eigensuche durch den Aufsichtsrat	102
b) Einschaltung eines Personalberaters	102
4. Vorbereitung des Plenums auf den Bestellungsbeschluss	103
II. Der Bestellungsbeschluss	104
1. Alleinzuständigkeit des Aufsichtsrats	104
2. Beschlussverfahren	104
3. Beschlussinhalt	105
4. Beschlussmehrheit	105
III. Wirksamkeit und Annahme der Bestellung	106
1. Bestellungswirksamkeit	106
2. Annahme der Bestellung	107
IV. Anforderungen an ein Vorstandsmitglied	107
1. Anforderungsprofil für ein Vorstandsmitglied	107
2. Gesetzliche Anforderungen an Vorstandsmitglieder	108
3. Satzungsmäßige Anforderungen an Vorstandsmitglieder	109
V. Anfang, Dauer und Ende der Bestellung	110
1. Anfang der Bestellung	110
2. Dauer der Bestellung	110
3. Ende der Bestellung	111
VI. Wiederbestellung	111
1. Zulässigkeit wiederholter Bestellung	111
2. Probleme der Wiederbestellung	112
3. Form der Wiederbestellung	112
4. Gesetzliche Wiederbestellungsrechte („Stay on board“)	112
5. Vertragliche Wiederbestellungsrechte	113
6. Aufhebung und vorzeitige Wiederbestellung	113
VII. Die verschiedenen Arten von Vorstandsmitgliedern und Besonderheiten bei ihrer Bestellung	114
1. Vorsitzender des Vorstands	114
2. Stellvertretender Vorsitzender	116
3. Sprecher des Vorstands	117
4. CEO	117
5. Stellvertretendes Vorstandsmitglied	118
6. Arbeitsdirektor	119
7. In den Vorstand entsandtes Aufsichtsratsmitglied	120
8. „Bereichsvorstand“	121
VIII. Fehlerhafte Bestellung und deren Folgen	121
1. Häufigste Ursachen fehlerhafter Bestellung	121
2. Rechtsfolgen fehlerhafter Bestellungen	122
C. Widerruf der Bestellung (Abberufung)	122
I. Die Widerrufsmöglichkeit	122
II. Formale Anforderungen an den Widerrufsbeschluss	123
III. Vorliegen eines „wichtigen Grundes“	124
IV. Typologie der wichtigen Gründe	125
1. Grobe Pflichtverletzung	125
2. Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung	125
3. Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung	125
4. Fehlverhalten	126
5. Ethisches Fehlverhalten	126
6. Notorische Erfolglosigkeit	126
7. Zerstrittenheit im Vorstand	127

Inhaltsverzeichnis

8. Verstöße gegen das Wettbewerbsverbot	127
9. Verletzung der Informationspflicht	127
10. Pflichtverletzung bei drohender Insolvenz	127
11. Verstöße gegen die Verschwiegenheitspflicht	128
12. Verkleinerung des Vorstands	128
13. „Druck-Abberufung“	128
V. Sofortige Wirksamkeit des Abberufungsbeschlusses	129
D. Suspendierung	129
I. Zuständigkeit und Verfahren	129
II. Suspendierungsgründe	130
III. Wirkungen der Suspendierung	130

§ 3 Das Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds

A. Überblick	132
B. Bestellung/Anstellung und Widerruf/Kündigung	132
C. Anstellungsvertrag	134
I. Vertragsabschluss und -inhalt	134
1. Vertrag und Vertragsparteien	134
2. Vertretung der Gesellschaft, Bezugnahme auf die Bestellung	136
3. Aufgaben und Pflichtenkreis des Vorstandsmitglieds	136
4. Vergütung	137
5. Verschwiegenheit	137
6. Arbeitsmittel, Unterlagen und deren Rückgabe	137
7. Dienstwagen und dessen private Nutzung	138
8. Weitere Sachbezüge?	139
9. Urlaub	139
10. Nebentätigkeiten	139
11. Wettbewerbsverbot während der Vertragsdauer	140
12. Wettbewerbsverbot nach Vertragsbeendigung	141
13. Dauer des Vertrages	142
II. Vergütung	143
1. Allgemeines und Rechtsentwicklung	144
a) Grundsätze	144
b) Rechtsentwicklung	144
2. Detailregelungen	145
a) FMStFG und StFG	145
b) KWG und VAG	145
c) VorstAG	145
d) ARUG II	146
e) DCGK	146
3. Vergütungssystem	147
a) Hintergrund und Anwendungsbereich	147
b) Inhalt	147
c) Mitwirkung der Hauptversammlung	151
d) Rechtswirkung	152
e) Veröffentlichung	153
4. Vergütungsbericht	153
5. Angemessenheit der Gesamtvergütung	153
a) Bezugspunkte	153
b) Kollisionsregel	154

Inhaltsverzeichnis

6. Vergütungskomponenten	154
a) Fixum	154
b) Variable Vergütung	155
c) Gewährung von Unternehmensaktien mit Behaltenspflicht	156
d) Ermessenstantien	157
e) Sonderzahlungen	157
f) Aktienoptionen	158
g) Nebenleistungen	161
7. Ruhegeld/Pension	161
a) Allgemeines	161
b) Der Tatbestand der Ruhegeldberechtigung	161
c) Gesetzliche und vertragliche Unverfallbarkeit des Ruhegeldanspruchs	161
d) Übergangsgeld zwischen Ausscheiden und Erreichung des Pensionsalters	162
e) Anrechnung anderweitiger Bezüge auf die Pension	162
f) Anknüpfungspunkt für das Ruhegeld	163
g) Hinterbliebenenpensionen für die Witwe/den Witwer und die Waisen	164
h) Wettbewerbsverbote im Ruhegeldvertrag	164
i) Widerruf der Ruhegeldzusage	164
j) Indexierung und gesetzliche turnusmäßige Überprüfung der Höhe der Pensionszusage	165
8. Change of Control-Klausel	166

§ 4 Leitung als Vorstandsaufgabe

A. Überblick	171
B. Der Begriff der Leitung	171
C. Leitung unter eigener Verantwortung	173
I. Weisungsfreiheit der Leitung	173
1. Weisungsfreiheit gegenüber dem Aufsichtsrat	173
2. Weisungsfreiheit gegenüber der Hauptversammlung	174
3. Weisungsfreiheit gegenüber Dritten	174
II. Delegation von Leitungsaufgaben	175
D. Der Inhalt der Leitung	176
I. Einzelne Tätigkeiten	176
1. Gesetzliche Leitungsaufgaben	176
2. Ungeschriebene Leitungsaufgaben	177
II. Organisation	177
E. Maßstäbe für die Ausübung der Leitung	179
I. Leitungsaufgabe des Vorstands als Organ	179
II. Leitung des von der Gesellschaft betriebenen Unternehmens – Handlungsmaximen	180
1. Gesellschaftsinteresse	180
2. Stakeholder Value vs. Shareholder Value (Unternehmensinteresse) ..	181
3. Nachhaltigkeitsbelange (ESG), Corporate Social Responsibility ..	183
4. Weites Ermessen	185
5. Vorstandspflichten bei Unternehmenserwerben	187
a) Gesellschaft als Erwerber	187
b) Gesellschaft als Zielgesellschaft	188

Inhaltsverzeichnis

6. Börsennotierte Gesellschaften	191
a) Ad hoc-Publizität	192
b) Deutscher Corporate Governance Kodex	193
III. Leitungsaufgabe bei verbundenen Unternehmen	193
1. Abhängige Gesellschaft	193
a) Bestehen eines Beherrschungsvertrags	193
b) Fehlen eines Beherrschungsvertrags	194
2. Herrschende Gesellschaft	196
3. Besonderheiten bei Doppelorganschaft	197
 § 5 Nachhaltigkeit als Vorstandsaufgabe	
A. Überblick	202
B. Begriff der Nachhaltigkeit	202
C. Bedeutung von Nachhaltigkeitsbelangen	203
I. Gesetzgebung zur Nachhaltigkeit auf europäischer und nationaler Ebene	203
1. §§ 289b ff. HGB und Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)	203
2. Sustainable Finance	204
3. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)	204
4. Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD)	204
5. Green Claims Directive	205
6. Weitere Gesetzesregelungen	206
7. Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)	206
II. Gestiegene ESG-Risiken	207
1. „Klimaklagen“	207
2. Greenwashing-Vorwürfe	208
III. Gesellschaftliche Erwartungshaltung	209
D. Nachhaltige Unternehmensführung durch den Vorstand	209
I. Legalitätspflicht des Vorstands	209
II. Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsthemen im RMS und IKS	210
III. Unternehmensstrategie und -planung	211
IV. Berücksichtigung von Nachhaltigkeit über ausdrückliche gesetzliche Vorschriften hinaus	211
1. Leitung der Gesellschaft (§ 76 Abs. 1 AktG)	211
2. Ermessen und Business Judgement Rule	212
3. Rechtspolitische Diskussion	212
V. Pflicht zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsbelangen bei entsprechender Satzungsbestimmung („Corporate Purpose“)	212
VI. Pflicht zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsbelangen bei entsprechendem Hauptversammlungsbeschluss (insbes. „Say-on-climate“)	213
1. Beschlussfassung der Hauptversammlung auf Initiative des Vorstands	214
2. Beschlussfassung der Hauptversammlung auf Initiative der Aktionäre	214
3. Sonstige Rechte der Hauptversammlung	214
VII. Nachhaltigkeitsberichterstattung	215
VIII. Pflicht zur Erstellung eines Klimatransformationsplans	216
IX. Zusammenarbeit mit und Überwachung durch den Aufsichtsrat	217
E. Nachhaltigkeitsexpertise im Vorstand	218
F. Nachhaltigkeit in der Vergütung des Vorstands	218

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Geschäftsführung und Geschäftsverteilung

A. Überblick	222
B. Der Begriff der Geschäftsführung	223
C. Abgrenzung der Geschäftsführungsbefugnis	224
I. Hauptversammlung	224
II. Aufsichtsrat	226
D. Maßstäbe für die Geschäftsführung	226
E. Organisation des Vorstands	227
I. Gleichberechtigung der Vorstandsmitglieder und Gesamtverantwortung	227
1. Gleichberechtigung	227
2. Gesamtverantwortung	228
II. Gesamtleitung	228
1. Pflicht zur Gesamtleitung	228
2. Gültigkeit der Entscheidungen unterbesetzter Vorstände	229
III. Geschäftsverteilung	230
1. Funktionale Organisation	231
2. Divisionale Organisation	231
3. Matrixorganisation	232
4. Virtuelle Holding	233
5. Management-Holding	233
6. CEO-Modell	233
a) Stellung des CEO	234
b) Rechtliche Grenzen einer CEO-Struktur	234
7. Vorstandsausschüsse, Executive Committee	235
IV. Geschäftsordnung	235
1. Zuständiges Organ	235
2. Pflicht zum Erlass einer vollständigen Geschäftsordnung	236
3. Inhalt der Geschäftsordnung	236
4. Form	237
5. Wirkung der Geschäftsordnung und Folgen bei Pflichtverstößen	237
V. Pflicht zur gegenseitigen Überwachung	237
1. Informationsrecht und -pflicht	238
2. Interventionsrecht und -pflicht	239
3. Widerspruchsrecht	239
4. Folgen bei Verstoß gegen die Überwachungspflicht	240
VI. Vorstandsmitglieder	240
1. Einfache (ordentliche) Vorstandsmitglieder	240
2. Vorstandsvorsitzender	241
3. Vorstandssprecher	243
4. Arbeitsdirektor	243
5. Stellvertretende Vorstandsmitglieder	244
6. Delegierte Aufsichtsratsmitglieder	245
7. Bereichsvorstand	246
8. Designierte Vorstandsmitglieder	246
F. Willensbildung im Vorstand	247
I. Gesamtgeschäftsführung und Einstimmigkeit	247
II. Einzelgeschäftsführung und Durchbrechung des Einstimmigkeitsprinzips	247
III. Beschlussfassung	248
1. Einstimmigkeitsgrundsatz und Mehrheitsentscheidungen	248

2. Formale Anforderungen an die Beschlussfassung im Vorstand	249
a) Beschlussfähigkeit	249
b) Abstimmung	250
c) Dokumentation	251
d) Beschlussmängel	251
§ 7 Vertretung der Gesellschaft	
A. Überblick	254
B. Organschaftliche Vertretungsmacht des Vorstands	254
I. Wesen der organschaftlichen Vertretung	254
II. Grenzen der Vertretungsmacht	255
III. Formen der Aktivvertretung	257
1. Gesetzliche Vertretungsordnung	257
2. Abweichende Bestimmungen	258
a) Gemeinschaftliche Vertretung durch mehrere Vorstandsmitglieder	258
b) Unechte Gesamtvertretung	258
c) Einzelvertretung	259
3. Einzelermächtigung	259
IV. Passivvertretung	260
V. Einräumung und Änderung der Vertretungsmacht	260
VI. Handelsregister und Rechtsschein	261
VII. Verhinderung oder Wegfall eines Vorstandsmitglieds	261
C. Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht Dritter	263
I. Prokuristen	263
II. Handlungsbevollmächtigte	264
III. Generalbevollmächtigte	264
IV. Besondere Vertreter	265
D. Rechtsfolgen fehlender Vertretungsmacht	265
I. Handeln außerhalb der objektiven Grenzen der Vertretungsmacht	265
II. Handeln außerhalb der subjektiven Grenzen der Vertretungsmacht	266
E. Sonderfälle der Vertretung	267
I. Ausübung von Beteiligungsrechten bei mitbestimmten Unternehmen	267
II. Insichgeschäfte	268
III. Widersprüchliches Verhalten mehrerer zur Vertretung befugter Stellen	271
IV. Missbrauch der Vertretungsmacht	271
V. Vertretung bei fehlerhafter Bestellung	272
VI. Vertretung der Gesellschaft gegenüber Vorstandsmitgliedern	273
VII. Vertretung der Gesellschaft vor Gericht	275
VIII. Vertretung der Vor-AG	276
IX. Vertretung der Gesellschaft nach Auflösung	276
§ 8 Organpflichten	
A. Überblick	280
B. Allgemeines	280
C. Sorgfaltspflicht	281
I. Überblick über die Sorgfaltspflicht des Vorstands	281
II. Legalitätspflicht	282
1. Wesentliche Legalitätspflichten nach deutschem Recht	282

Inhaltsverzeichnis

2. Unklare oder umstrittene Rechtslage	284
3. Herausforderungen bei der Anwendung ausländischen Rechts	285
4. Keine Ausnahme für „nützliche Pflichtverletzungen“	286
5. Deutscher Corporate Governance Kodex	287
6. Staatliche Empfehlungen und freiwillige Verhaltensrichtlinien	288
7. Legalitätspflichten aus Satzung und Geschäftsordnung	288
III. Business Judgement Rule	288
D. Organisations- und Überwachungspflicht	295
I. Überwachungspflichten innerhalb des Vorstands	295
II. Überwachung nachgeordneter Organisationsebenen	297
III. Pflicht zur Implementierung eines Systems zur Erkennung bestandsgefährdender Risiken	299
IV. Pflicht zur Erstellung eines Klimatransformationsplans	300
V. Pflicht zur Implementierung einer Compliance-Organisation	301
VI. Überwachung anderer Organe	302
1. Aufsichtsrat	302
2. Hauptversammlung	303
E. Treuepflicht	304
I. Allgemeines	304
II. Besondere Ausprägungen der Treuepflicht	304
1. Loyaler Einsatz für die Gesellschaft	304
2. Vermeidung und Offenlegung von Interessenkonflikten	305
3. Ausnutzung der Organstellung/Eigengeschäfte mit der Gesellschaft	305
4. Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	306
5. Verschwiegenheitspflicht	307
a) Geheimnisse der Gesellschaft und vertrauliche Angaben	307
b) Grenzen der Verschwiegenheitspflicht	308
6. Nachvertragliche Treuepflicht	312
7. Treuepflicht im Konzern	312
8. Kreditgewährung an Vorstandsmitglieder	313
F. Kapitalerhaltungspflicht	314
G. Publizitätspflichten	316
I. Anmeldungen zur Eintragung in das Handelsregister	316
II. Anmeldungen und Einreichungen zum Handelsregister	317
III. Bekanntmachungen in den Gesellschaftsblättern	318
IV. Übermittlungen an das Unternehmensregister	318
V. Veröffentlichungen auf der Internetseite	319
VI. Angaben auf Geschäftsbriefen	319
VII. Beteiligungspublizität	320
1. Andere halten Beteiligungen an der Gesellschaft	320
a) Gesellschaft ist nicht börsennotiert	320
b) Gesellschaft ist börsennotiert	320
2. Gesellschaft hält Beteiligungen	321
3. Rechtsfolgen bei Verstößen	321
a) Verstoß gegen Bekanntmachungspflichten	321
b) Verstoß gegen Mitteilungspflichten	321
4. Pflichten des Vorstands im Hinblick auf Rechte aus Aktien	322
VIII. Ad-Hoc-Publizität	322
IX. Managers' Transactions	323
X. Rechnungslegung und kapitalmarktrechtliche Finanzberichterstattung	324

§ 9 Verbundene Unternehmen

A. Überblick	326
B. System der Unternehmensverbindungen	327
I. Einführung	327
II. Begriffsbestimmungen	329
1. Mehrheitsbeteiligungen	330
2. Abhängige und herrschende Unternehmen	330
3. Konzernunternehmen	331
4. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	331
5. Vertragsteile eines Unternehmensvertrags	332
C. Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge	332
I. Grundlagen und Regelungssystematik	333
II. Vertragsabschluss	334
III. Inhalt des Vertrags	336
1. Zwingender Inhalt	336
2. Verlustübernahmepflicht, Laufzeitklauseln und steuerliche Organschaft	337
3. Angemessener Ausgleich	338
a) Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag	339
b) Alleiniger Beherrschungsvertrag	343
c) Alleiniger Gewinnabführungsvertrag	343
4. Gerichtliche Bestimmung von Ausgleich oder Abfindung	344
IV. Unternehmensführung im Vertragskonzern	344
1. Leitungsmacht	345
a) Gesetzliche Regelung	345
b) Konzernleitungspflicht	347
2. Konzernorganisation und -führung	348
a) Personalpolitik und -entscheidungen	349
b) Planung/Controlling	351
c) Konzernweites Cash-Management	352
d) Jahresabschluss	353
e) Risikomanagement	354
f) Zustimmungspflichtige Geschäfte	355
3. Haftung	357
V. Beendigung des Vertrags/Gläubigerschutz	358
VI. Schicksal des Unternehmensvertrags bei Insolvenz der beteiligten Gesellschaften	359
D. Sonstige Unternehmensverbindungen	361
I. Eingegliederte Gesellschaft	361
1. Bedeutung	361
2. Verfahren	362
a) 100 %-ige Tochtergesellschaft	362
b) Mindestens 95 %-ige Tochtergesellschaft	363
3. Gläubigerschutz	364
a) Sicherheitsleistung	364
b) Haftung der Hauptgesellschaft	364
II. Gleichordnungskonzern	364
1. Begriffsbestimmung	364
2. Vertraglicher Gleichordnungskonzern	365
3. Faktischer Gleichordnungskonzern	367
4. Haftung	367

Inhaltsverzeichnis

III. Wechselseitig beteiligte Unternehmen	368
1. Begriffsbestimmung	368
2. Rechtsfolgen	368
a) Einfache wechselseitige Beteiligung	368
b) Einseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	369
c) Beidseitig qualifizierte wechselseitige Beteiligung	369
IV. Andere Unternehmensverträge	370
1. Gewinngemeinschaft	370
2. Teilgewinnabführungsvertrag	371
3. Betriebspacht und Betriebsüberlassung	371
4. Betriebsführungsvertrag	372
E. Faktischer Konzern	373
I. Zulässigkeit	373
II. Unternehmensführung im faktischen Konzern	374
1. Konzernleitungsmacht?	374
2. Schranken des Einflusses	375
3. Konzernorganisation und -führung	378
a) Information im Konzern	378
b) Personalpolitik und -entscheidungen	379
c) Konzernkoordinierung	380
d) Konzernweites Cash-Management	382
e) Jahresabschluss	382
f) Risikomanagement	383
g) Zustimmungspflichtige Geschäfte	383
4. Haftung	385
5. Abhängigkeitsbericht	386
a) Begriffsbestimmung	386
b) Rechtsgeschäfte und Maßnahmen	386
c) Einzelangaben	387
d) Schlusserklärung	387
e) Prüfung Abschlussprüfer	388
f) Prüfung Aufsichtsrat	388
g) Haftung	389
F. Veränderungen im Beteiligungsbesitz	389
I. Entscheidungsvoraussetzungen und -notwendigkeiten	389
1. Grenzen der Geschäftstätigkeit	389
2. Beschlussfassung der Hauptversammlung	390
3. Abwehr- und Beseitigungsanspruch	391
II. Mitteilungspflichten	391
1. Nicht börsennotierte Gesellschaften	391
2. Börsennotierte Gesellschaften	392
III. Ausschluss von Minderheitsaktionären	393
1. Allgemeines	393
2. Barabfindung	394
3. Hauptversammlung	396
4. Prozessuale Aktionärsrechte	397
a) Gerichtliche Nachprüfung der Abfindung	397
b) Anfechtungsklage	398

§ 10 Compliance als Vorstandsaufgabe

A. Überblick	402
B. Bedeutungsgehalt des Begriffs „Compliance“	402
C. Compliance als Leitungsaufgabe des Vorstands	403
I. Sonderregelungen als Grundlage der Compliance-Pflicht?	404
1. Pflicht zum Risikomanagement	404
2. Deutscher Corporate Governance Kodex	404
II. Compliance-Pflicht als Ausfluss der Leitungsverantwortung des Vorstands	405
1. Die Legalitätspflicht des Vorstands	405
a) Pflicht des Vorstands zur Einhaltung des Organisationsrechts der AG	405
b) Interne und externe Legalitätspflicht des Vorstands	406
c) Zulässigkeit nützlicher Pflichtverletzungen?	406
2. Pflicht zur Überwachung der Unternehmensorganisation	408
a) Vertikale Überwachung	408
b) Horizontale Überwachung	408
3. Compliance-Zuständigkeit des Gesamtorgans Vorstand	408
4. Compliance-Pflichten im Konzern	409
D. Generelle Pflicht zum Aufbau eines Compliance-Systems?	410
I. Spezialgesetzliche Regelungen	410
II. Risikoanalyse und unternehmerisches Ermessen beim Aufbau eines Compliance-Systems	410
1. Compliance-System und Business Judgement Rule	410
2. Risikoanalyse als Grundlage der Ermessensausübung	411
a) Ermittlung des spezifischen Risikos	411
b) Ermittlung der Eintrittswahrscheinlichkeit	411
c) Kosten-Nutzen-Analyse	412
E. Rechtliche Anforderungen an ein Compliance-System	412
I. Unternehmerisches Ermessen bei Ausgestaltung des Compliance-Systems	412
II. Compliance-Standards, insbesondere IDW-Standard PS 980	413
F. Vier Stufen effizienter Compliance-Organisationen	413
I. Compliance-Kommunikation („tone from the top“)	414
II. Maßnahmen, um Rechtsverstößen vorzubeugen („prevent“)	414
1. Pflichtendelegation auf Compliance-Vorstand und Compliance-Officer	414
a) Möglicher Umfang der Delegation	414
b) Rechtsposition des Compliance-Officers	415
2. Compliance-Richtlinien („Code of Conduct“)	416
a) Leitlinien bei der Einführung von Compliance-Richtlinien	416
b) Beachtung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	417
3. Unterrichtung und Schulung der Belegschaft	417
4. Die wichtigsten Compliance-Bereiche	418
a) Arbeitsrecht	418
b) Außenwirtschaftsrecht und Exportkontrolle	420
c) Cybersicherheit	421
d) Verhaltensregeln im Geschäftsverkehr	422
e) Geldwäsche	422
f) Kartellrecht	423
g) Künstliche Intelligenz	424

Inhaltsverzeichnis

h) Produktsicherheit und -haftung	425
i) Krise und Insolvenz	426
j) Wirtschaftsstraftaten (Korruption, Insiderhandel)	427
k) Steuerrecht	428
l) Umweltrecht	428
5. Compliance-Pflichten des ausländischen Rechts	429
III. Maßnahmen zur Aufdeckung von Regelverstößen („detect“)	429
1. Meldesystem bei Verstößen	430
a) Notwendigkeit des sog. Whistleblowing	430
b) Interne und externe Meldestellen	430
c) Aufgaben der internen Meldestelle	430
d) Schutz des Hinweisgebers und Offenlegung von Verstößen	431
e) Pflicht zur Anzeige	431
f) Weitere (spezialgesetzliche) Beschwerdestellen	432
2. Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Compliance-Organisation („Compliance Audits“)	432
IV. Reaktion auf Verstöße („react“)	433
1. Aufklärung der Verstöße und Internal Investigations	433
2. Mitarbeiterbefragungen und Amnestieprogramme	434
3. Pflicht zur Sanktionierung von Verstößen	435
G. Haftung der Vorstandsmitglieder für mangelhafte Compliance	436
I. Strafrechtliche Haftung	436
II. Zivilrechtliche Haftung	437
1. Pflichtverletzung des Vorstands	437
2. Beweislast	438
3. Schuldhaftes Handeln des Vorstands	438
4. Kausalität der Pflichtverletzung für den Schaden	438
5. Offene Fragen	439
III. Ordnungswidrigkeitenrechtliche Haftung und mehr	439
H. Zusammenfassung	440

§ 11 Lieferkettenverantwortung

A. Überblick	444
B. Über dieses Kapitel	445
C. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)	446
I. Einführung und Erkenntnisse aus der bisherigen Anwendungspraxis	446
II. Anwendungsbereich	448
III. Lieferkette; Zurechnung konzernangehöriger Gesellschaften	448
IV. Überblick über die Sorgfaltspflichten	450
1. Einmalige Organisationsmaßnahmen	450
a) Einrichtung eines Risikomanagements	450
b) Abgabe einer Grundsatzzerklärung	450
c) Festlegung der betriebsinternen Zuständigkeit	450
d) Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens	451
2. Dynamische Sorgfaltspflichten	451
a) Durchführung der Risikoanalyse	451
b) Präventions- und Abhilfemaßnahmen	452
c) Dokumentation und Berichterstattung	453
V. Öffentlich-rechtliche Durchsetzung	453
VI. Zivilrechtliche Haftung	455
VII. Fazit	456

Inhaltsverzeichnis

D. Künftige Änderungen durch die CSDDD	456
I. Einführung	456
II. Adressat der Sorgfaltspflichten (Art. 2 CSDDD)	457
1. Erfasste Unternehmen („company“)	457
2. Schwellenwerte	458
a) Ebene des Unternehmens (Art. 2 Abs. 1 lit. a CSDDD)	459
b) Ebene der konsolidierten Gruppe und der obersten Muttergesellschaft (Art. 2 Abs. 1 lit. b CSDDD)	459
3. Holdinggesellschaften und Befreiungstatbestand	461
4. Gestaffelte Anwendung der CSDDD und deren Schwellenwerte ..	462
III. Sorgfaltspflichten und Aktivitätskette („chain of activities“)	462
1. Überblick	462
2. Tochterunternehmen; Konzernklausel	464
3. Aktivitätskette	465
a) Vorgelagerte Geschäftspartner	465
b) Nachgelagerte Geschäftspartner	465
IV. Sorgfaltspflichten der CSDDD im Überblick	466
1. Rechtsnatur	467
2. Zuständigkeit	467
3. Risikoanalyse (Art. 8 CSDDD)	468
4. Risiken und Verletzungen vermeiden und beseitigen (Art. 10, 11 CSDDD)	469
5. Berichterstattung („annual statement“) (Art. 16 CSDDD)	470
V. Durchsetzungsmechanismen unter der CSDDD	470
1. Öffentlich-rechtliche Sanktionen (Public Enforcement)	470
2. Zivilrechtliche Haftung (Private Enforcement)	471
E. Fazit zur CSDDD	472
F. Ausblick: Umsetzung der CSDDD in nationales Recht; „Omnibus-Paket“ ..	472

§ 12 Human Resource Management

A. Überblick	478
B. Organisation und Führung der Humanressourcen	478
I. Vorbemerkung	478
II. Grundsätze: Organisation des Personaleinsatzes	479
1. Eigene Beschäftigte mit Arbeitsverhältnissen direkt zum Unternehmen	479
2. Drittpersonal	479
a) Matrixstrukturen und Personaleinsätze im Konzern	479
b) Arbeitnehmerüberlassung	480
c) Gemeinsamer Betrieb	481
d) Werk-/Dienstverträge	481
3. Selbstständige Berater und freie Mitarbeiter	482
4. Auszubildende und duale Studierende	482
5. Praktikanten und Werkstudierende	482
III. Führung	483
1. Führungskräfte und Pflichtendelegation	483
2. Unternehmens- und Führungskultur	483
C. Gestaltung der HR-Organisation und ihre Aufgaben	484
I. Gestaltung der HR-Organisation	484
1. Personalleitung?	485

Inhaltsverzeichnis

2. Modelle für die Organisation von HR-Arbeit	485
a) HR Business Partner Modell/Drei-Säulen-Modell	485
b) Referentenmodell	486
II. Aufgabenfelder der HR-Organisation	486
1. Personalbereitstellung auf Grundlage der Unternehmensbedarfe/ Personalbedarf und Personalstrategie	486
2. Personalentwicklung	486
3. Compliance	487
4. HR-Prozesse und IT-Systeme	487
5. Vergütung und Nebenleistungen (Compensation & Benefits)	488
6. Zusammenarbeit mit internen Stakeholdern einschließlich Arbeitnehmervertretungen	488
7. Personalcontrolling	488
8. Einrichtung von Meldestellen/Hotlines	490
a) Compliance Hotline	490
b) Meldestellen für Whistleblower/Hinweisgeber	490
c) Meldestelle nach AGG	490
III. Digitalisierung	490
D. Eigene Beschäftigte	492
I. Direktionsrecht	492
II. Beschäftigtengruppen	492
III. Rekrutierung und Onboarding	493
1. Rekrutierungsprozess	493
2. Externe Stellenbesetzung	493
3. Interne Stellenbesetzung	494
4. Onboarding	494
IV. Arbeitsvertragsgestaltung	495
1. Form; AGB-Geltung	495
2. Nachweisgesetz	495
3. Inhalt	495
4. Befristung	496
V. Änderungen und Flexibilisierungsinstrumente	496
1. Direktionsrecht und Versetzung	496
2. Änderungskündigung	497
3. Widerrufs- und Freiwilligkeitsvorbehalte	497
4. Variable Vergütung	497
VI. Management von Low Performance und Krankheit	498
1. Low Performer	498
2. Krankheit	499
a) Meldepflichten; elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ..	499
b) Entgeltfortzahlung	499
c) Krankengeld und -zuschuss	499
d) Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)	500
3. Schwerbehinderung	500
VII. Ende des Arbeitsverhältnisses und Offboarding	500
1. Befristungsende	500
2. Aufhebungsvertrag	500
3. Arbeitnehmer-Kündigung	501
4. Ordentliche Arbeitgeberkündigung	501
a) Grundsätze	501
b) Allgemeiner Kündigungsschutz	502
c) Sonderkündigungsschutz	503

Inhaltsverzeichnis

5. Außerordentliche Kündigung	504
6. Nachvertragliche Pflichten und Offboarding	504
VIII. Berufsbildung	505
1. Ausbildung im Sinne des BBiG	505
2. Weiterbildung	505
E. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat und anderen betrieblichen Arbeitnehmervertretungen	505
I. Betriebsrat	505
1. Grundlagen; Unternehmen und Betriebsbegriff	505
2. Betriebs- und Betriebsratsgröße, Wahlen	506
3. Arbeit des Betriebsrats; Rechte und Pflichten seiner Mitglieder	507
4. Mitwirkungsrechte	509
5. Betriebsvereinbarungen und Regelungsabreden	510
a) Betriebsvereinbarungen	510
b) Regelungsabreden	511
6. Ausschüsse des Betriebsrats	511
7. Gesamtbetriebsrat und Konzernbetriebsrat	511
8. Betriebsversammlungen	512
II. Weitere betriebliche Arbeitnehmervertretungen	512
1. Wirtschaftsausschuss	512
2. Vertretung der Jugendlichen und Auszubildenden	513
3. Schwerbehindertenvertretung	513
4. Vertrauensleute	514
5. Sprecherausschuss	514
6. Europäischer Betriebsrat	514
F. Tarifliche Gestaltung	515
I. Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden	515
II. Gewerkschaften als Sozialpartner	516
III. Tarifverträge	516
1. Verbands- und Haustarifverträge	516
2. Herbeiführen der Tarifgeltung: Normative Geltung und Bezugnahmeklauseln	517
3. Inhalte	518
4. Beendigung der Tarifgeltung	518
IV. Arbeitskampf	519
1. Grundsätze	519
2. Streik und andere Arbeitskampfmittel der Gewerkschaften	519
3. Arbeitskampfmittel der Arbeitgeber: Aussperrung	520
4. (Keine) Arbeitnehmerüberlassung im Arbeitskampf	521
G. Unternehmens-Mitbestimmung	521
I. Mitbestimmte Aufsichtsräte	521
1. Drittelpartizipationsgesetz	522
2. Mitbestimmungsgesetz	522
3. SE-Beteiligungsgesetz	523
II. Arbeitsdirektorin/Arbeitsdirektor	524
H. Inhaltliche Gestaltung von HR-Themen	525
I. Verhalten im Betrieb/Code of Conduct	525
II. Arbeitszeit	525
1. Umfang der Arbeitszeit; Voll- und Teilzeit	525
2. Grenzen des Arbeitszeitgesetzes	526
3. Arbeitszeitformen und Systeme	526

Inhaltsverzeichnis

4. Mehrarbeit	527
5. Arbeitszeitkonten	527
6. Zeiterfassung	528
III. Home Office und mobiles Arbeiten	528
IV. Urlaub, Sabbaticals und andere Freistellungen	529
V. Vergütung	529
1. Tarifliche und betriebliche Entgeltsysteme	530
2. Reisekostenrichtlinien	530
3. Dienstwagen	531
4. Variable Vergütung/Bonussysteme	531
5. Aktienoptionen, Gewährung von Aktien, Mitarbeiteraktienprogramme	531
VI. Betriebliche Altersversorgung	531
1. Durchführungswege	532
2. Implementierung und Mitbestimmung	532
3. Änderung und Beendigung	533
4. Entgeltumwandlung	533
VII. Weitere Leistungen	534
1. Jobticket	534
2. Jobrad	534
3. Betriebskindergarten/Kindergartenzuschüsse	534
4. Sport- und Gesundheitsangebote	535
5. Sachleistungen (Gutscheine etc.)	535
VIII. Arbeitsschutz	535
IX. IP und Know-How-Schutz	536
I. Portfoliomanagement und Restrukturierungen	537
I. Mergers 537	
1. Erwerb und Veräußerung von Unternehmensanteilen (Share Deal) ..	537
2. Erwerb und Veräußerung von Betrieben und Betriebsteilen (Asset Deal)	538
a) Betriebsübergang	538
b) Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertretungen	539
c) Auswirkungen auf Arbeitnehmervertretungen	540
II. Unternehmensveränderungen nach dem Umwandlungsgesetz	540
1. Folgen für die Arbeitsverhältnisse	540
2. Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen	541
3. Bestandsschutz für die Unternehmensmitbestimmung	541
III. Restrukturierungen	541
1. Individualrechtliche Umsetzung	541
2. Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen	542

§ 13 AG in Krise und Insolvenz

A. Überblick	545
B. Der Begriff „Krise“	545
C. Krisenursachen und Krisenverlauf	546
D. Pflichten des Vorstands als Krisenmanager	549
I. Laufende Beobachtung der wirtschaftlichen Lage	549
II. Risikofrüherkennung und -management nach AktG und Krisenfrüherkennungs- und Krisenmanagementsystem nach StaRUG ..	550
1. Verpflichtung zur Einrichtung	550

Inhaltsverzeichnis

2. Ausgestaltung	550
a) Grundlagen	550
b) Unternehmensplanung	555
c) Risiko- bzw. Krisenfrüherkennung	556
d) Krisenmanagement	558
e) Nachweis eines wirksamen Systems	558
III. Krisenbewältigung im fortgeschrittenen Stadium anhand operativer Maßnahmen	560
1. Sanierung der leistungswirtschaftlichen Bereiche	560
a) Vertrieb	560
b) Produktion und Logistik	561
c) Einkauf	561
d) Personal	562
e) Finanzen und Controlling	563
2. Finanzwirtschaftliche Sanierung	564
a) Aktionäre	564
b) Lieferantengläubiger	565
c) Finanzierer	566
IV. Insolvenzvermeidende Sanierung durch das StaRUG	566
1. Überblick	566
2. Typische Anwendungsfälle	567
3. Zugangsvoraussetzungen	568
4. Schutz vor Vollstreckungsmaßnahmen	569
5. Begründete Erklärung der Bestandsfähigkeit	569
6. Gruppeneinteilung und Planabstimmung	570
7. Minderheitenschutz und Vergleichsrechnung	570
V. Verlustanzeige und Einberufung der Hauptversammlung	571
VI. Zahlungsverbot	571
VII. Insolvenzantragsrecht und -pflicht	572
1. Verantwortung des Vorstands und Antragsfrist	573
2. Grundlagen für die Beurteilung von Insolvenzeröffnungsgründen ..	575
3. Beurteilung eingetretener Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO)	575
a) Zahlungsunfähigkeit/Zahlungsstockung	575
b) Zahlungseinstellung	578
c) Finanzstatus und Finanzplan als Grundlage zur Beurteilung der Zahlungsunfähigkeit	580
d) Besonderheiten bei Cash-Pooling-Systemen	584
4. Beurteilung einer Überschuldung (§ 19 InsO)	584
a) Grundlagen zur Beurteilung einer Überschuldung	584
b) Aufbau und Bestandteile der Überschuldungsprüfung	585
c) Fortbestehensprognose	586
d) Maßstab der überwiegenden Wahrscheinlichkeit	586
e) Planungszeitraum und Detaillierungsgrad	587
f) Fortschreibung der insolvenzrechtlichen Fortbestehensprognose ..	587
g) Überschuldungsstatus	587
h) Beurteilung des Vorliegens der Überschuldung	589
5. Beurteilung drohender Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO)	590
VIII. Kapitalmarktrechtliche Pflichten	590
IX. Vorschusspflicht bei Massearmut	591
E. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Konsequenzen ...	591
I. Verfahrensarten und Verfahrensbeteiligte	591
II. Ablehnung mangels Masse	594

Inhaltsverzeichnis

III. Auswirkungen einer Verfahrenseröffnung auf den Rechtsträger	594
IV. Auswirkungen auf die Gesellschaftsorgane	594
1. Vorstand	595
a) Vor Insolvenzeröffnung	595
b) Nach Insolvenzeröffnung	595
2. Aufsichtsrat	596
3. Hauptversammlung	597
4. Aktionär	597
5. Exkurs: Abschlussprüfer	597
V. Auswirkungen der Insolvenzverfahrenseröffnung auf Kapital und Anleihen	599
VI. Bedeutung der Verfahrenseröffnung für die Mitteilungspflichten einer AG	599
VII. Die Insolvenzmasse	600
 F. Sanierung im Rahmen einer Insolvenz	601
I. Rahmenbedingungen einer Insolvenz	601
II. Übertragende Sanierung	601
III. Die Eigenverwaltung mit dem Insolvenzplan als Sanierungsinstrument ..	602
1. Grundsätzliches	602
2. Geeignete Konstellationen für die Anwendung des Insolvenzplanverfahrens	604
3. Wirkungen des bestätigten Plans und Aufhebung des Insolvenzverfahrens	605
4. Die Kombination Eigenverwaltung mit Insolvenzplan	605
IV. Eigenverwaltung mit Schutzschirmverfahren	607
V. Debt-Equity-Swap	609
 G. Die Auswirkungen einer Insolvenz auf den Kapitalmarkt	609
I. Börsennotierte Aktiengesellschaft	609
1. Börsennotierung und Widerruf	609
2. Aussetzung und Einstellung der Notierung	610
3. Einbeziehung in den regulierten Markt	610
4. Möglichkeit eines Delistings	610
5. Downgrading	611
6. Rang der Börsenverbindlichkeiten	611
7. Sonderregeln für börsennotierte Aktiengesellschaften	611
II. Kapitalmarktorientierte AG	611
1. Sonderregeln für die kapitalmarktorientierte AG	612
2. Publizitätspflichten	612
a) Generelle Publizitätspflichten	612
b) Ad-hoc Publizität	612
c) Beteiligungspublizität	612
d) Pflichten gegenüber Wertpapierinhabern	612
e) Mitteilungspflicht aus Art. 19 MAR	612
3. Enforcement-Verfahren	612
III. Zulassung zum Freiverkehr	613
IV. Übernahmerecht	613
 H. Beendigung des Insolvenzverfahrens	614

§ 14 Rechenschaftslegung

A. Überblick	617
B. Rechenschaftslegung als Bestandteil der Corporate Governance	618
I. Verpflichtung des Vorstands zur Rechenschaft	618
II. Grundprinzipien der Rechenschaftslegung	619
C. Adressaten der Rechenschaftslegung	621
I. Aufsichtsrat	621
II. Aktionäre und Hauptversammlung	623
1. Vermögensrechte und Informationsanspruch	623
2. Entlastung	624
3. Auskunftspflicht des Vorstands innerhalb und außerhalb der Hauptversammlung	624
4. Verlustanzeige	624
III. Gläubiger und andere Unternehmensbeteiligte	625
IV. Teilnehmer des Kapitalmarkts	626
1. Kapitalmarkt und Anlegerinteresse	626
2. Zulassung zum Börsenhandel	627
3. Regelpublizität	628
4. Ad hoc-Publizität	629
V. Finanzverwaltung	630
1. Interesse des Fiskus	630
2. Zuständigkeit des Vorstands	631
3. Mitwirkungs- und Auskunftspflichten	634
4. Buchführungs- und Aufbewahrungspflichten, Steuererklärung	634
5. Straf- und Bußgeldtatbestände	635
VI. Branchenspezifische Adressaten	636
D. Finanzielle Berichterstattung	636
I. Rechnungslegungsstandards	636
1. Rechnungslegung nach HGB	636
2. Rechnungslegung nach IFRS	638
II. Jahresabschluss	640
1. Inhalt	640
2. Gestaltungsmöglichkeiten	642
a) Sachverhaltsgestaltungen	642
b) Wahlrechte	644
c) Ermessensspielräume	645
3. Kennziffern	647
III. Konzernabschluss	647
1. Inhalt	647
2. Gestaltungsmöglichkeiten	649
3. Kennziffern	650
IV. Performance-Berichterstattung	651
V. Sonderbilanzen	652
E. Nichtfinanzielle Berichterstattung	653
I. Einordnung der nichtfinanziellen Berichterstattung	653
II. Nichtfinanzielle Erklärung	654
III. Erklärung zur Unternehmensführung	655
1. Inhalt der Erklärung zur Unternehmensführung	656
2. Entsprechenserklärung	657

Inhaltsverzeichnis

IV. Weitere Elemente der Governance-Berichterstattung	659
1. Internes Kontrollsyste	660
2. Risikomanagementsystem	662
3. Compliance Management System	665
4. Vergütungsbericht	667
5. Abhängigkeitsbericht	668
V. Weiterentwicklung zur Nachhaltigkeitsberichterstattung	668
1. Corporate Sustainability Reporting Directive	669
2. Taxonomie-VO	673
3. Internationale bedeutsame Entwicklungen in der Nachhaltigkeitsberichterstattung	674
4. Integrated Reporting	674
F. (Konzern-)Lagebericht und Geschäftsbericht	675
I. (Konzern-)Lagebericht	675
II. Geschäftsbericht	678
G. Organisation und Verantwortlichkeiten	679
I. Buchführung	679
1. Dokumentations-, Organisations- und Überwachungspflicht	679
a) Allgemeine Dokumentationspflichten	679
b) Organisations- und Überwachungspflichten	680
c) Dokumentations-, Organisations- und Überwachungspflichten im Konzern	681
2. Ressortmäßige Aufgabenverteilung und Gesamtverantwortung	682
3. Qualifizierte Vermögensbetreuungspflicht	683
II. Jahres- und Konzernabschluss, (Konzern-)Lagebericht	684
1. Aufstellungspflicht	684
a) Grundsatz	684
b) Fristen	684
2. Kompetenzzuweisung innerhalb des Vorstands und Kompetenzverlagerung auf Mitarbeitende	685
a) Zulässigkeit	685
b) Sorgfalts- und Überwachungspflichten des Vorstands	686
c) Unternehmensinterne Bilanzierungsrichtlinien	687
d) Vorbehaltsbereich des Vorstands	687
e) Unterzeichnungspflicht des Gesamtvorstands und Gesamtverantwortung, Bilanzeid	688
3. Änderungen von Jahres- und Konzernabschluss	690
III. Abschlussprüfung	692
1. Prüfungspflicht und Gegenstand der gesetzlichen Abschlussprüfung	692
2. Rolle des Vorstands in der gesetzlichen Abschlussprüfung	693
a) Verhältnis des Vorstands zum Abschlussprüfer	693
b) Mitwirkungs- und Auskunftspflichten des Vorstands	695
c) Prüfungsfeststellungen außerhalb des Prüfungsberichts	696
IV. Offenlegungspflichten	697
H. Enforcement	699
I. Enforcement der Rechnungslegung	699
II. Enforcement der Abschlussprüfung	701
I. Sanktionen	702
I. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	702
II. Bußgeldvorschriften und Zwangsgelder	703
III. Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche	704

IV. Nichtigkeit des Jahresabschlusses	704
V. Sonderprüfung	706
§ 15 Haftung der Vorstandsmitglieder	
A. Überblick	710
B. Arten der Haftung	710
C. Innenhaftung	711
I. Entwicklung der Regelungen zur Innenhaftung	711
II. Steigende Bedeutung der Innenhaftung	714
III. Geltendmachung der Innenhaftung	715
1. Geltendmachung durch den Aufsichtsrat	715
2. Geltendmachung durch die Hauptversammlung	717
3. Geltendmachung durch Aktionäre als Prozessstandschafter	719
4. Ersatzansprüche der Gläubiger der Gesellschaft und Geltendmachung	720
IV. Innenhaftung nach § 93 AktG	721
1. § 93 Abs. 2 AktG im Überblick	721
2. Haftungsadressat	721
3. Pflichtwidrigkeit	722
a) Sorgfaltspflicht	723
b) § 93 Abs. 3 AktG	723
4. Verschulden	725
5. Schaden	727
6. Regressreduzierung	730
7. Darlegungs- und Beweislast	731
8. Wegfall und Undurchsetzbarkeit der Ersatzpflicht	731
a) Keine Ersatzpflicht bei ordnungsgemäßem Hauptversammlungsbeschluss	731
b) Verzicht und Vergleich	732
c) Verjährung	733
d) Mehrheit von in Anspruch genommenen Vorstandsmitgliedern ..	734
V. Weitere Anspruchsgrundlagen neben § 93 AktG und Konkurrenzen ...	735
D. Außenhaftung	736
I. Ansprüche des Aktionärs	737
1. Aktienrechtliche Ansprüche	737
2. Deliktische Ansprüche	737
II. Ansprüche eines Dritten	738
1. Aktienrechtliche Ansprüche	738
2. Haftung aus culpa in contrahendo	739
3. Deliktische Ansprüche	739
4. Nichtabführen von Arbeitnehmeranteilen zur Sozialversicherung ...	741
5. Steuerliche Pflichten	741
6. Weitere wichtige spezialgesetzliche Ersatzansprüche	741
III. Haftung wegen unrichtiger Kapitalmarktinformationen	742
1. Haftung für Falschinformationen nach Rechtsprechung und Gesetz ..	743
a) Falschinformationen im Bereich des Primärmarkts	743
b) Falschinformationen im Bereich des Sekundärmarkts	744
2. Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG)	746
E. D&O-Versicherung	748
I. Entwicklung der D750	748
II. Rechtliche Grundlagen	750

Inhaltsverzeichnis

III. Ausgestaltung der Versicherung	753
1. Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	753
2. Grenzen des Versicherungsschutzes	753
IV. Zuständigkeit für den Abschluss der Versicherung	754
V. Keine Pflicht zum Abschluss einer Versicherung	755
VI. Selbstbehalt	755
 § 16 Strafrechtliche Verantwortung	
A. Überblick	762
B. Einführung	763
C. Das Verhältnis von Strafrecht zu Gesellschaftsrecht und Zivilrecht	763
I. Die gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen und Befugnisse von Vorständen	763
II. Die Akzessorietät des Strafrechts	765
III. Begrenzung der Akzessorietät auf schwerwiegende Pflichtverletzungen	766
D. Grundlagen strafrechtlicher Haftung von Vorständen	767
I. Handeln als Person mit besonderen rechtlichen Pflichten	767
II. Organ- und Vertreterhaftung	768
III. Haftung innerhalb von Unternehmensorganen	769
1. Gremien- und Kollegialentscheidungen	769
2. Kausalitätsnachweis bei Kollegialentscheidungen	770
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit und Ressortzuständigkeit	771
4. Täterschaft kraft Organisationsherrschaft	772
5. Ende der strafrechtlichen Verantwortlichkeit als Organmitglied	772
IV. Strafrechtliche Verantwortlichkeit für Straftaten von Mitarbeitenden	773
E. Spezialgesetzliche Strafvorschriften	775
I. Bilanzdelikte, Falschangabedelikte	776
1. Unrichtige Darstellung und Verschleierung von Unternehmensverhältnissen	776
a) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Kapitalgesellschaft	776
b) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse des Konzerns	777
c) Offenlegung eines unrichtigen Konzernabschlusses oder Konzernlageberichts	778
d) Unrichtiger „Bilanzzeit“	778
e) Unrichtige Wiedergabe oder Verschleierung der Verhältnisse der Gesellschaft	779
2. Unrichtige Angaben gegenüber Prüfern	780
a) Unrichtige Angaben gegenüber Abschlussprüfern	780
b) Falsche Angaben gegenüber Abschlussprüfern	781
3. Strafbewehrte Pflichtverletzungen bei Verlust, Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit (§ 401 AktG)	781
4. Unterlassener Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§ 15a Abs. 4 InsO)	782
a) Zahlungsunfähigkeit	783
b) Überschuldung	783
c) Antragstellung	783
d) Antragsfrist	784
e) Fehlerhafte Antragstellung	784

Inhaltsverzeichnis

II. Steuerhinterziehung	785
1. Voraussetzungen des § 370 AO	785
a) Begehungsformen	785
b) Steuerverkürzung	786
c) Vorsatz zur Steuerhinterziehung	787
d) Verjährung	787
2. Straffreiheit durch Selbstanzeige nach § 371 AO	787
3. Verhältnis der Berichtigungspflicht nach § 153 AO und der Selbstanzeige nach § 371 AO	789
III. Delikte zum Schutz des Kapitalmarkts	789
1. Verbot von Insidergeschäften	789
a) Allgemeine Voraussetzungen	790
b) Einzelne Begehungsformen	792
2. Verbot der Marktmanipulation	794
a) Informationsgestützte Manipulation	794
b) Handelsgestützte Manipulation	798
c) Handlungsgestützte Manipulation	799
d) Referenzwertmanipulation	800
e) Safe Harbour-Regelung	801
3. Kapitalanlagebetrug	801
a) Das Machen unrichtiger Angaben	802
b) Das Verschweigen nachteiliger Tatsachen	802
c) In Prospekt, Darstellungen oder Übersichten über den Vermögensstand	802
d) Gegenüber einem größeren Kreis von Personen	802
e) Im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Wertpapieren oder dem Erhöhungsangebot	802
f) Erheblichkeit für die Anlageentscheidung	803
IV. Untreue	803
1. Voraussetzungen	804
a) Vermögensbetreuungspflicht	804
b) Missbrauchs- und Treubruchstatbestand	804
c) Schwerwiegende Pflichtverletzung	805
d) Vermögensnachteil	805
2. Wichtige Leitentscheidungen und Fallgruppen zur strafbaren Untreue	806
a) Untreue durch Sponsoring	806
b) Untreue durch riskante Kreditvergabe und Risikogeschäfte	807
c) GmbH-Untreue	809
d) Konzernuntreue	810
e) Untreue durch die Festsetzung von Vorstandsvergütungen	811
f) Untreue durch „schwarze Kassen“	812
g) Untreue wegen fehlender oder mangelhafter Risikomanagementsysteme (Compliance-Management-Systeme und Cyber-Security-Systeme)	812
h) Untreue wegen unzulässiger Zuwendungen an Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder	814
V. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen/Geheimhaltungspflichten	815
1. Verletzung von Geschäftsgeheimnissen (§ 23 GeschGehG)	815
a) Geschäftsgeheimnis als Tatobjekt	815
b) Erlangen, Nutzen oder Offenlegen von Geschäftsgeheimnissen ..	816

Inhaltsverzeichnis

c) Verbotene Handlung nach Erlangung des Geschäftsgeheimnisses durch Dritten	817
d) Strafverschärfende Qualifikationen	817
2. Verletzung der Geheimhaltungspflicht (§ 404 AktG)	817
VI. Korruptionsdelikte	819
1. Entwicklung und Bedeutung	819
2. Überblick	819
a) Amtsträgerdelikte (§§ 331 ff. StGB)	819
b) Bestechung im privaten Sektor (§§ 299 f. StGB)	821
VII. Kunden- und produktbezogene Strafbarkeitsrisiken	822
1. Strafrechtliche Produkthaftung	822
2. Betrug	823
3. Strafbare Werbung	824
4. Greenwashing	825
F. Straf- und ordnungswidrigkeitsrechtliche Haftungsrisiken	829
I. Haftungsrisiken für den Vorstand	829
1. Begehung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten	829
2. Aufsichtspflichtverletzung	829
II. Haftungsrisiken für das Unternehmen	830
1. Grundsatz individueller Verantwortlichkeit	830
2. Unternehmens-/Verbandsgeldbuße	830
3. Europäisierung des Unternehmensstrafrechts	832
a) Fortwährende Diskussion um nationales Unternehmensstrafrecht	832
b) Europäische Harmonisierungsbestrebungen	832
4. Einziehung nach §§ 73 ff. StGB und § 29a OWiG	835
a) Voraussetzungen	835
b) Geltungsdauer und Rückwirkung	836
G. Ablauf von Ermittlungs- und Strafverfahren, insbesondere bei Unternehmen	837
I. Einleitung von Ermittlungsverfahren	837
II. Ziele des Ermittlungsverfahrens	839
III. Durchführung von Ermittlungen	839
IV. Ermittlungsmöglichkeiten	840
1. Zeugenvernehmungen	840
2. Beschuldigtenvernehmungen	841
3. Durchsuchungen und Beschlagnahmen	842
a) Voraussetzungen	842
b) Verhaltensempfehlungen	843
4. Beauftragung von Sachverständigen	843
5. Rechtshilfeersuchen	843
V. Abschluss des Ermittlungsverfahrens durch die Staatsanwaltschaft	845
1. Einstellung wegen fehlenden Tatnachweises	845
2. Einstellung trotz fortbestehenden Tatverdachts	845
3. Anklageerhebung	845
VI. Gerichtliches Zwischenverfahren	846
VII. Hauptverhandlung in Strafsachen	846
VIII. Verständigungen im Strafverfahren	847
IX. Sanktionsmöglichkeiten von Staatsanwaltschaft und Gericht	847

§ 17 Geschäftsführung in der SE

A. Überblick	851
B. Grundlagen	851
I. Besonderheiten der SE	852
II. Vorteile einer SE	852
C. Vorbemerkung zur Führungsstruktur	853
D. Dualistische Führung	854
E. Monistische Führung	855
I. Anzahl/Bestellung/Zusammensetzung des Verwaltungsrats	856
1. Größe des Verwaltungsrats	856
2. Stellvertretung/Ersatzmitgliedschaft	857
3. Bestelldauer	857
4. Gesetzliche Vorgaben	858
5. Statusverfahren	858
6. Auswirkungen der Mitbestimmung auf die Besetzung des Verwaltungsrats	859
7. Entsendungsrechte	861
8. Fehlerhafte Bestellung	861
9. Persönliche Voraussetzungen	861
II. Abberufung	863
III. Innere Ordnung des Verwaltungsrats	864
IV. Beschlussfassung im Verwaltungsrat	865
V. Einberufung der Sitzungen	866
VI. Vergütung	866
VII. Geschäftsführende Direktoren	867
1. Bestellung	868
2. Abberufung	869
3. Vertretungsbefugnis	869
4. Geschäftsauftritt/Briefkopf	870
5. Geschäftsordnung für die Geschäftsführung	870
VIII. Höchstdauer	871
IX. Aufgaben der Geschäftsführung/Abgrenzung zum Verwaltungsrat	871
X. Überwachungspflicht des Verwaltungsrats	872
XI. Sorgfaltsmäßig/Haftung/Business Judgement Rule	873
1. Sorgfaltsmäßig und Haftung der geschäftsführenden Direktoren	873
2. Sorgfaltsmäßig und Haftung der Mitglieder des Verwaltungsrats	874
XII. Treuepflicht	875
XIII. D&O-Versicherung	876
XIV. Aufgaben der Leitung durch den Verwaltungsrat/Abgrenzung	
Tagesgeschäft	876
XV. Spezielle Rechte und Pflichten des Verwaltungsrats	879
1. Einberufung und Durchführung der Hauptversammlung	880
2. Einsichts- und Prüfungsrecht	881
3. Insolvenzbezogene Pflichten	882
4. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	883
5. Compliance-Management-System	883
6. Generalverweisung des § 22 Abs. 6 SEAG	884
7. Vorrang spezieller Kompetenznormen	884
Autorenverzeichnis	887
Sachverzeichnis	891